

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Oliver Luksic, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Alexander Graf Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/29186 –

Investitionen in den Heeresinstandsetzungslogistik – Standort St. Wendel

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Bundesministerium der Verteidigung hatte 2016 ursprünglich entschieden, die Werke der Heeresinstandsetzungslogistik GmbH (HIL) an ein privates Unternehmen zu verkaufen. Ab März 2016 wurden Anwälte und Wirtschaftsberater beauftragt, das Bundesministerium beim Verkauf des Unternehmens zu unterstützen. Bis Ende 2020 sollten die drei Heeresinstandsetzungswerke der bundeseigenen HIL GmbH in Darmstadt, Brandenburg und St. Wendel privatisiert werden.

Die Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer hat diese von ihrer Vorgängerin Dr. Ursula von der Leyen initiierten Verkaufspläne 2019 gestoppt und im November 2020 angekündigt, im Werk in St. Wendel in den nächsten Jahren bis zu 160 neue Jobs zu schaffen und mindestens 40 Mio. Euro zu investieren (https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/landespolitik/bundeswehr-laesst-kampfpanzer-leopard-2-kuenftig-in-st-wendel-warten_aid-55036385#successLogin). Unter anderem soll ein Ausbildungs- und Kompetenzzentrum „Kette“ neu nach St. Wendel kommen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Im Oktober 2019 wurde das Vergabeverfahren zur Abgabe der drei Werke der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH (HIL GmbH) aufgehoben. Die Entscheidung, die Werke innerhalb der HIL GmbH weiterzuführen, wurde mit dem Ziel, der Bundeswehr eine leistungsstarke Instandsetzung von Landsystemen zur Verfügung zu stellen, und vor dem Hintergrund der sicherheitspolitisch wieder gewachsenen Rolle von Landes- und Bündnisverteidigung getroffen.

Ausgerichtet am Bedarf wurde im November 2020 durch den Bund als alleiniger Gesellschafter der HIL GmbH eine Eigentümerstrategie festgelegt, die unter anderem die Schließung des Werkes in Darmstadt und die mittelfristige Verlagerung der Aufgaben bis zum Jahr 2031 vorsieht. In diesem Zusammenhang sollen die Werke in Doberlug-Kirchhain und St. Wendel zu Kompetenzzentren „Rad“ bzw. „Kette“ entwickelt werden. Mit den Zielen und Vorgaben der Ei-

gentümerstrategie geht ferner ein erheblicher zusätzlicher Bedarf an Personal sowie Investitionen einher.

Die Geschäftsführung der HIL GmbH wurde beauftragt, auf der Basis der Eigentümerstrategie eine Unternehmensstrategie zu erstellen. Die Unternehmensstrategie wird beschreiben, wie die HIL GmbH die strategischen Vorgaben des Bundes erreichen wird. Hierbei ist neben der logistischen Planung insbesondere der Ressourcenbedarf abzuleiten. Es wird davon ausgegangen, dass das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) über die Unternehmensstrategie noch im dritten Quartal 2021 entscheiden kann.

Des Weiteren sind logistische Fachkonzepte von der HIL GmbH zu erstellen, die bis Ende des Jahres 2021 zu verfeinern sein werden. Hierzu zählen insbesondere Konzepte zum Aufbau eines strategischen Personalmanagements sowie zur Einnahme der Zielstruktur im Kompetenzzentrum „Kette“ im Werk St. Wendel und im Kompetenzzentrum „Rad“ im Werk Doberlug-Kirchhain.

1. In welche Bereiche und Projekte soll im HIL-Werk in St. Wendel investiert werden?
2. Wann sollen die jeweiligen Investitionen erfolgen?
3. Wie hoch sind die jeweiligen Investitionen jeweils?

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet.

Die Aufgaben des Werkes in Darmstadt sollen gemäß Planung bis zum Jahr 2031 nach St. Wendel verlagert sein. Ausgerichtet auf die künftige Zielstruktur wird in den Standort St. Wendel investiert werden, um diese Aufgaben fach- und sachgerecht erbringen zu können.

Zum mittelfristigen Bestandserhalt des Werkes befinden sich derzeit Infrastrukturmaßnahmen für ca. 17 Mio. Euro in der Realisierung.

Weiterhin ist der Neubau der Ausbildungswerkstatt der Bundeswehr mit ca. 7,5 Mio. Euro im Zeitraum von 2024 bis 2027 geplant.

Für den Ausbau des Werkes zu einem Kompetenzzentrum „Kette“ besteht nach ersten groben Schätzungen ein zusätzlicher Investitionsbedarf von ca. 40 Mio. Euro. Konkrete Ausplanungen, eine Validierung der zu erwartenden Kosten sowie die zugehörigen Zeitlinien für die Realisierung sind Gegenstand der laufenden Untersuchungen.

4. In welchen Bereichen und Projekten sollen die angekündigten 160 neuen Arbeitsplätze im HIL-Werk in St. Wendel entstehen?

In Folge der Aufgabenverlagerung aus dem Werk in Darmstadt und weiterer qualitativer Änderungen wachsen die zu erbringenden Instandsetzungsstunden im Werk in St. Wendel zukünftig auf. Auf dieser Basis wird von einem personellen Mehrbedarf von bis zu 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zum Jahr 2031 ausgegangen.

Eine qualitativ und quantitativ validere Abschätzung wird erst auf der Basis der Unternehmensstrategie und der Personalkonzepte erfolgen können.

5. Wann sollen diese jeweils entstehen?

Die neuen Arbeitsplätze sollen spätestens mit Abschluss der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zur Neuausrichtung des Werkes in St. Wendel eingerichtet werden.

6. Um was für Tätigkeiten soll es sich voraussichtlich handeln?

Es handelt sich im Wesentlichen um Tätigkeiten, die auf der Verlagerung der Aufgaben des Werkes in Darmstadt und damit der Instandsetzung von schweren Kettenfahrzeugen beruhen. Dies entspricht auch dem Ziel, das Werk in St. Wendel zu einem Kompetenzzentrum „Kette“ zu entwickeln.

7. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Investitionsbedarf im HIL-Werk in St. Wendel?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 3 wird verwiesen.

8. Plant die Bundesregierung ein Gesamtkonzept für die Standortentwicklung des HIL-Werks in St. Wendel?

9. Wenn ja, bis wann soll dieses verabschiedet werden, und welche Schwerpunkte soll es setzen?

Die Fragen 8 und 9 werden zusammen beantwortet.

Die HIL GmbH wurde beauftragt, auf der Basis der Eigentümerstrategie eine Unternehmensstrategie zu erstellen. Auf der Basis der vom Bund artikulierten Ziele und Vorgaben wird die HIL GmbH beschreiben, wie sie diese strategischen Vorgaben erreichen wird. Hierbei ist neben der logistischen Planung insbesondere der Ressourcenbedarf abzuleiten.

In der Folge sind die strategischen Überlegungen über Konzepte weiter zu verfeinern, um auf dieser Grundlage die Umsetzung von Maßnahmen abzuleiten. Im Ergebnis wird sich auch ein Gesamtbild für das Kompetenzzentrum „Kette“ in St. Wendel ergeben. Dieses muss insbesondere das konkrete Geräteportfolio, die Aufgaben, den Personal- und Infrastrukturbedarf sowie die Vorgehensweise und die Maßnahmen darstellen.

Es wird davon ausgegangen, dass diese Planungen bis Anfang des Jahres 2022 abgeschlossen werden können.

10. Welche Tätigkeiten, die bisher vom HIL-Werk in Darmstadt erbracht wurden, sollen zukünftig am Standort St. Wendel erbracht werden?

Grundsätzlich sollen sämtliche Aufgaben des Werkes in Darmstadt zukünftig in St. Wendel erbracht werden.

Hierbei ist jedoch die Ausrichtung ab dem Jahr 2031 zu berücksichtigen.

Insofern müssen die Aufgaben und Tätigkeiten auch am Standort St. Wendel am Instandsetzungsbedarf der Bundeswehr ausgerichtet sein, um die materielle Einsatzbereitschaft der Streitkräfte im Bereich der Landsysteme sicherstellen zu können. Der Aufgabenschwerpunkt wird dabei auf einsatzwichtigen und zukunftsorientierten (kettenbasierten) Landsystemen und weiteren Geräten liegen.

11. Wie viele Beschäftigte des HIL-Werks in Darmstadt sollen voraussichtlich an den Standort St. Wendel wechseln?

Der zukünftige Bedarf an Eigeninstandsetzungsleistungen der HIL GmbH wird sich in der Niederlassungsorganisation, also an mehr als 50 Stützpunkten im Bundesgebiet, mehr als verdoppeln. Damit ist die Niederlassungsorganisation Hauptträger für die operativ zu erbringenden Instandsetzungsleistungen.

Mit einer neuen Betriebsstätte in der näheren Umgebung zu Darmstadt sollen die übrigen Standorte in der Niederlassungsorganisation entlastet werden, indem z. B. längerfristige Instandsetzungsarbeiten für ausgewählte Landsysteme in der neuen Betriebsstätte durchgeführt werden. Damit wird die Erfahrung und Expertise des Personals genutzt und die Beschäftigung des im Werk Darmstadt eingesetzten Personals sichergestellt.

Es wird insofern davon ausgegangen, dass das Personal des Werkes in Darmstadt sich für die Beschäftigung in der neuen Betriebsstätte im näheren Umkreis von Darmstadt entscheidet. Ein freiwilliger Wechsel von Darmstadt nach St. Wendel ist ebenfalls möglich.

12. Wird sich die Bundesregierung für eine Reaktivierung des Bahnanschlusses an das HIL-Werk St. Wendel einsetzen?

Die Bundesregierung misst dem Eisenbahntransport im Zusammenhang mit der Refokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung eine erhebliche Bedeutung zu. Derzeit wird durch das BMVg eine Untersuchung vorbereitet, die das Ziel hat, die für eine militärische Nutzung geeigneten und erforderlichen Strecken und Güterverkehrsstellen zu identifizieren. Um beurteilen zu können, ob eine Reaktivierung des Bahnanschlusses in St. Wendel erforderlich ist, müssen die Untersuchungsergebnisse abgewartet werden.

Allerdings war für die Aufgabenerfüllung des Werkes in St. Wendel in den letzten Jahren kein Anschluss der Werksliegenschaft an das Schienennetz der Deutschen Bahn erforderlich. Sofern sich dies ändern sollte, wird über einen Anschluss der Werksliegenschaft an das Schienennetz neu befunden.

13. Wie hoch waren die bisherigen Kosten für die geplante Veräußerung der HIL-Werke, insbesondere im Hinblick auf die Kosten für Anwälte, Berater und externe Dienstleister (bitte aufschlüsseln)?

Auf die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/17184 wird verwiesen.

Es sind keine weiteren Aufwände entstanden bzw. Zahlungen an die unterstützenden Unternehmen geleistet worden.

14. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der geplanten Veräußerung der HIL-Werke sowie aus dem dazugehörigen Prozess?

Sowohl die Entscheidung zur Prüfung und Vorbereitung einer möglichen Abgabe der Werke der HIL GmbH im Jahr 2016, als auch die Entscheidung im Jahr 2019, das Vergabeverfahren zur Abgabe der Werke aufzuheben und die Werke innerhalb der HIL GmbH weiterzuführen, waren unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Rahmenbedingungen zu treffen und müssen daher aus dem Blickwinkel des Entscheidungszeitpunkts bewertet werden. Auf dieser Basis waren sie verfahrenskonform, sachgerecht und angemessen.

Komplexe und zeitaufwändige Verfahren bergen stets das Risiko sich verändernder Rahmenbedingungen. Hierauf angemessen zu reagieren, ist Ausfluss der grundsätzlich gegebenen Entscheidungs- und Kontrahierungsfreiheit auch des öffentlichen Auftraggebers.

